



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VI/206 - 5.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Neue Argumente in der Südwestfunk-Debatte ?	S. 1
Ost-Westwanderung auch in Österreich	S. 3
Deutsch-dänische Spannungen im Grenzland ebbten ab	S. 5
Gerichtsentcheidung für NSDAP-Kreisleiter	S. 7
SPD klagt gegen SDA	S. 7

## Sind das Gründe für die Staatskontrolle beim Rundfunk ?

Am Samstag, dem 8. September, werden Rundfunkrat und Verwaltungsrat des SWF nochmals in Mainz zusammentreten, um Regierungen und Parlamenten der beteiligten Länder nochmals Vorschläge zum heißumstrittenen Staatsvertragsentwurf vorzulegen.

J.F.W. Gegen die Absicht der Ministerialbürokratie in den drei Hauptstädten der französischen Zone, den Südwestfunk durch einen Vertrag der Regierungen aus einem unabhängigen Mittel zur Unterrichtung der Hörer zu einem staatsabhängigen Instrument der Meinungsbeeinflussung zu machen, ist in den letzten Tagen alles Erforderliche gesagt worden. In einer Sondersitzung des Rundfunk- und des Verwaltungsrates des Südwestfunks am vorigen Wochenende wurden von dem einzigen Fürsprecher des beanstandeten Vertragstextes, dem Minister Süsterhenn, jedoch zwei Schlüsse gezogen, auf die eingegangen werden muß, da sie über die Südwestfunk-Frage hinaus von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Süsterhenn meinte, die Ablehnung der Regierungskontrolle im Rundfunk, für die die Presse und die großen Organisationen eintreten, kennzeichne die mangelhafte Ausbildung des demokratischen Denkens in Deutschland. Bei richtig entwickeltem Verständnis für die Notwendigkeiten unseres Staates würde man den Regierungen das Vertrauen entgegenbringen, daß sie von den Vollmachten, die sie dem Rundfunk gegenüber beanspruchen, den richtigen Gebrauch machen.

Er sagte ferner, den Rundfunkanstalten, diesen einzigartigen Monopolinhabern in Deutschland, fehle die öffentliche Kontrolle; sie müsse durch die Staatsaufsicht ersetzt werden. -

Süsterhenns erstes Argument bewegt sich in Bahnen, die

schon einmal zur Diktatur- und nicht nur im Rundfunk-geführt haben. Tatsächlich gehört ein heilsames Mißtrauen unabdingbar zum Wesen der Demokratie. Der Blanko-Scheck gläubigen Vertrauens verführt auch die demokratisch gewählte Regierung, ihn in autoritäre Selbstherrlichkeit umzumünzen. So ist das deutlich bekundete Mißtrauen gegen den Staatseinfluß im Rundfunk nicht als Mangel an Vertrauen zur gewählten Regierung, sondern als Gewähr dafür zu betrachten, daß ein Zustand erhalten bleibt, der es ermöglicht, Regierungen zu wählen - und auch abzuberufen.

Die zweite Behauptung des Ministers von der fehlenden demokratischen Kontrolle des Rundfunks hat (von Süsterhenn in Kreisen des Rundfunkrates vorgetragen) deutlich bekundete Entrüstung erregt. Fühlen sich doch die Mitglieder dieser Körperschaft, die nunmehr seit bald drei Jahren nach besten Kräften die Arbeit des Südwestfunks überwachen, durchaus als demokratische Kontrollinstanz. Man kann nicht, wie Süsterhenn es tat, ihr Wirken einfach übersehen, man muß aber doch fragen, ob der Aufbau der deutschen Rundfunkräte - hier gilt das gleiche für alle Sender - diese Gremien als Kontrollinstanzen ausweist, die beanspruchen können, als echte Vertreter aller Rundfunkteilnehmer aufzutreten. Die heutigen Rundfunkräte, in denen von den Journalisten bis zu den Glaubensgemeinschaften eine Vielzahl von Organisationen vertreten ist, können in dieser nicht ganz glücklichen ständischen Formierung diesen Anspruch nicht ohne weiteres erheben. Man sollte daher, gerade um der Freiheit des Rundfunks willen, diese Organisationsform fallen und die Rundfunkräte durch die Volksvertretungen wählen lassen. Die großen Organisationen des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens hätten Vorschlagslisten einzureichen, aus denen die Landtage die Kandidaten zu bestimmen hätten. Die Aktivität der Rundfunkräte, die jetzt im leeren Raume schwebt, würde sich dann aufbauen auf dem Vertrauen der Öffentlichkeit zu ihren Volksvertretungen. Ein gefährliches Vakuum, das nicht nur beim Südwestfunk die anonyme Bürokratie der Behörden auszufüllen bestrebt ist, würde verschwinden. Der Staatsvertragsentwurf beim Südwestfunk und die Pläne ähnlicher Tendenz, mit denen der Bundesinnenminister sich trägt, zeigen nur zu deutlich, daß etwas geschehen muß, um die Legitimation der Rundfunkräte zu stärken.

Ost-West-Wanderung auch in Österreich

F.-Wien, Anfang September 1951

Das soeben bekanntgewordene Ergebnis der Volkszählung vom 1. Juni ermöglicht einen Einblick über den bedeutsamen Strukturwandel, der sich innerhalb Österreichs seit 1934 vollzogen hat. Deutlich scheidet sich der Osten vom Westen des Staates. Noch vor 15 Jahren war der östliche Teil dichter besiedelt als der westliche. Vor allem fällt auf, daß 30 politische Bezirke einen Bevölkerungsrückgang aufweisen, 62 einen Zuwachs. Wien, das 1934 noch über zwei Millionen Einwohner besaß, hat über 500000 Menschen verloren, also über 15 v.H. Die Hauptstadt wird noch übertroffen von der burgenländischen Landeshauptstadt Eisenstadt mit über 18.v.H. und von Wiener Neustadt (Niederösterreich) mit ungefähr 17.v.H. Verlust. Alle diese Gebiete liegen im Osten der Republik, in der russischen Zone.

Hingegen hat der Westen seine Bevölkerungsdichte erhöht. 52 v.H. der Einwohner leben dort, 1934 waren noch Wien, Niederösterreich und Burgenland mit über 54 v.H. an der Spitze. Einige westösterreichische Städte verzeichnen einen rapiden Zuwachs, so Linz (60 v.H. gegenüber 1934), Steyr (45 v.H.) und Salzburg (über 43 v.H.). Aber auch das flache Land zeigt eine beachtliche Zunahme der Bevölkerung.

Das Phänomen läßt sich durch den Zuzug von Flüchtlingen nicht erklären. Erstens sind Flüchtlinge auch in Wien und in Niederösterreich (wenig im Burgenland!) ansässig, zweitens beträgt ihre Zahl nur über 260000 (plus etwa 48000 Südtiroler, die aber den Österreichern gleichgestellt sind). Insgesamt ergibt sich ein Bevölkerungszuwachs von nur 2,3 v.H. gegenüber der letzten Volkszählung. Die Ost-West-Wanderung begann schon während der Nazi-Ära, als etwa in Linz die Hermann-Göring-Werke (jetzt: Vereinigte Eisen- und Stahlwerke) mit ihren mehr als 10000 Arbeitern und Angestellten emporwuchsen oder das riesige Aluminium-Werk Renshofen bei Braunau. Sie dienten der Steigerung des deutschen Kriegspotentials. Der Westen wurde bei der Gründung neuer Industrien bevorzugt. Als mit

Beginn der intensiven Bombardierungen Wiens im Sommer 1943 immer mehr Betriebe nach den westlichen Bundesländern verlagert wurden, begann der große Zug aus dem Osten, der sich nach dem Kriege fortsetzte, zumal die Verhältnisse seit Beginn der "Befreiung" durch die Russen bis heute noch nicht als normalisiert zu betrachten sind. Noch immer sind Entführungen von Österreichern zu verzeichnen.

Dazu kam der Hunger, unter dem der Osten jahrelang zu leiden hatte. Kein Wunder, daß sich jenseits der Demarkationslinie die Vorstellung vom "Goldenen Westen" bildete. So suchten zahlreiche Ostösterreicher, vor allem ausgebombte und ausgeplünderte Wiener, eine neue Heimat und neuen Erwerb. Ihnen und den Heimatvertriebenen verdanken die westlichen Bundesländer zahlreiche Industrie-Neugründungen. So ist beispielsweise Oberösterreich nicht nur das dichtest besiedelte Land geworden, sondern gleichzeitig so stark industrialisiert, daß es seine bäuerliche Struktur vollkommen verloren hat. In Oberösterreich leben jetzt 92,5 Personen auf einem Quadratmeter. (Durchschnittliche Bevölkerungsdichte Österreichs: 82,5). In Linz bewohnen übrigens fast ebenso viel Menschen ein Haus wie in Wien. (Durchschnittlich über 18).

Sieht man von Wien ab, das als eigenes Land ausschließlich städtische Züge aufweist, so steht das Burgenland an der Spitze der "aussterbenden" Länder. Es hat seit 1934 fast acht v.H. seiner Bevölkerung verloren. Die Nähe der gefährlichen ungarischen Grenze und die Tatsache, daß der einstmals ausgedehnte Großgrundbesitz jetzt als deutsches Eigentum gilt und daher von den Sowjets beschlagnahmt wurde, wirken sich zum Nachteile des Landes aus.

Der russisch besetzte Osten Österreichs verändert sein Gesicht, unmerklich vielleicht für den oberflächlichen Betrachter, erschreckend aber, wenn man die Verstümmelung im Spiegel der Statistik sieht.

+ + +

Aus der Sicht des äußersten deutschen Nordens:

Die Vernunft setzt sich durch

K.-H.B. - Flensburg

Es scheint, als ob die Stimmen der Vernunft langsam aber sicher in der deutschen Grenzstadt Flensburg die Oberhand gewinnen. Jedenfalls merkt man heute kaum noch etwas von den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Grenzfrage, die noch vor gar nicht langer Zeit wie ein Schatten über dem öffentlichen Leben in Flensburg lag. Nur zur letzten Kommunalwahl flackerten die alten Leidenschaften in Flensburg wieder auf. Kein Wunder, daß es darum nicht wenige Leute in Flensburg gibt, die meinen, in der Stadt sollte die nächsten zehn Jahre kein Wahlkampf stattfinden.

Ohne Zweifel ist die Situation in Flensburg in der Bundesrepublik manchmal ein wenig oberflächlich behandelt worden. Man macht es sich etwas bequem, wenn man deutschsprachige Menschen, die sich freiwillig zur dänischen Kultur bekennen, einfach als Landesverräter abstempelt, und damit alle Probleme als gelöst ansieht. Schließlich ist die Frage des nationalen Bekenntnisses nicht allein und ausschließlich mit dem biologischen Argument zu beantworten.

In der von der früheren schleswig-holsteinischen Landesregierung abgegebenen "Kieler Erklärung" wird festgestellt, daß die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit nicht von Amtswegen nachgeprüft werden darf. Damit war deutlich bekundet worden, daß das Bekenntnis zu Deutschland oder zu Dänemark als eine Gewissensfrage, die in das Ermessen des Einzelnen gestellt wird, zu betrachten ist. Die "Kieler Erklärung" hat den Weg für eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen deutsch und dänisch orientierten Menschen geebnet. Die Früchte zeigen sich bereits heute. Sie würden jedoch viel schmackhafter sein, wenn es im dänischen Nord-Schleswig für die deutsche Minderheit auch eine Art "Kieler Erklärung" gäbe.

Man soll nicht den Stab über Menschen brechen, bevor man nicht die Verhältnisse, in denen sie leben, kennt. Die Flensburger fühlen sich - ob zu Recht oder nicht, bleibe dahingestellt - schon in der Weimarer Republik einsam und verlassen. Heute wissen sie, daß

die ökonomische Basis der Stadt keinesfalls ausreicht, um 60000 Einheimische und 40000 Vertriebene zu ernähren. Jede Tonne Kohle oder Eisen, die vom Westen an die dänische Grenze transportiert wird, ist frachtmäßig so sehr belastet, daß die Flensburger Betriebe kaum noch konkurrenzfähige Offerten abzugeben vermögen. Und der Hafen an der Förde ist ziemlich verödet.

Daher war es nicht allzu verwunderlich, daß zahlreiche Flensburger ihr Heil in einem Anschluß an Dänemark sahen. Dies umso mehr, als in fast allen Fällen der Entschluß, sich dänisch zu orientieren, in den Wirren des Jahres 1945 entstanden ist. Nur langsam setzte sich in Flensburg die Erkenntnis durch, daß die Chancen für eine südliche Grenzgroßstadt Dänemarks auch nicht viel günstiger sein könnten.

Andererseits spielen auch innenpolitische Momente eine Rolle. Es ist sicherlich kein Zufall, daß sich eine große Anzahl charakterlich und politisch einwandfreier Flensburger auf die demokratisch-dänische Seite stellte. Der blau-weiß-rote bürgerliche Nationalismus, der die deutsche Seite im allgemeinen noch heute repräsentierte, hatte für sie wenig Anziehungskraft, zumal sie das Gefühl nicht los wurden, daß die schleswig-holsteinische Landesfahne nur etwas pietätvoll das unpopuläre Schwarz-Weiß-Rot des Alldeutschtums ersetzen soll. Die "Wählergemeinschaft Deutsches Flensburg", die bei der letzten Wahl 21 von 39 Sitzen erhielt, wird tatsächlich eindeutig vom bürgerlichen Blau-Weiß-Rot beherrscht, woran auch der sehr vernünftige Stadtpräsident nichts zu ändern vermag.

Die "Eider-Dänen", deren Ziel der sofortige Anschluß Südschwedens an Dänemark ist, sind heute gegenüber den sogenannten Dänen, die Selbstbestimmung "zum gegebenen Zeitpunkt" und kulturelle Autonomie wollen, in einer hoffnungslosen Minderheit. Das bedeutet jedoch nichts anderes als das stillschweigende Eingeständnis: Eine Grenzneuregelung im Norden wäre ein anachronistischer Luxus, den sich Europa nicht erlauben kann.

+ + +

Landgericht entscheidet für NS-Oberbürgermeister"Unabhängige" Justiz auf bekannten Pfaden

H., Baden-Baden

Der NS-Oberbürgermeister Dr. Rombach in Offenburg (Baden) hatte die Stadt verklagt, da sie ihm die Auszahlung seiner ihm angeblich zustehenden Pension verweigerte. Das soeben gefällte Urteil des Landgerichts Offenburg geht nun dahin, daß dem einstigen Kreisleiter der NSDAP und vom "Führer" eingesetzten, nicht aber von der Bevölkerung oder dem Stadtrat gewählten Oberbürgermeister zunächst ein "Unterhaltsbeitrag" für die Monate Juli und August 1950 auszahlen sei.

Dieses Urteil hat bei der gesamten Bevölkerung der Stadt Offenburg lebhaftes Empörung ausgelöst. Es bedeutet zugleich eine Desavouierung des einstimmig gefaßten Beschlusses des Stadtrates, der Dr. Rombach jeden Anspruch auf städtische finanzielle Zuwendungen aufgrund seiner früheren amtlichen Stellung absprach. Nunmehr haben die Gewerkschaften in Offenburg sich in einem Protestschreiben an die Freiburger Regierung und an den Landtag gewandt. Sie verlangen eine gesetzliche Regelung, die in solchen Fällen Klarheit schafft. Sie machen neben den allgemein politischen Einwendungen auch geltend, daß bei Dr. Rombach von einer wirtschaftlichen Notlage nicht gesprochen werden könne, da er über ein beträchtliches Vermögen in Grundstücken verfüge.

+ + +

Klage gegen SDA

(sp) Der Vorstand der SPD hat beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Verfügung gegen die kommunistische "Sozialdemokratische Aktion" wegen widerrechtlicher Führung des Namens "Sozialdemokratisch" beantragt. Die mündliche Verhandlung über die einstweilige Verfügung ist auf den 6. September festgesetzt worden.

Die sogenannte "Sozialdemokratische Aktion" (SDA) entstand vor etwa 1 1/2 Jahren auf Anweisung des Zentralsekretariats der SED und hat die Aufgabe zugewiesen bekommen, die SPD zu unterminieren. Nachdem sie von der Bundesregierung als verfassungsfeindliche Organisation erklärt wurde, führte sie mehrere Scheinspaltungen durch, um ihre "Unabhängigkeit" von den Kommunisten zu beweisen. Im Rahmen der neuen Kampagne der SED, die sogenannte "Aktioneinheit" zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herzustellen, wurde der SDA von Hermann Axen die Aufgabe zugewiesen, "Marxistische Arbeitskreise" zu gründen, die die Mitglieder der SPD über den wahren Marxismus und die "verräterische Rolle der rechten SPD-Führung" aufklären sollen.

+ + +

---

 Verantwortlich: Peter Raunau